

IGS-Neubau im Zeitplan

RÜLZHEIM: Offizielle Inbetriebnahme des Schulgebäudes für Spätsommer geplant

Der Neubau der Integrierten Gesamtschule (IGS) in Rülzheim soll noch im Spätsommer seiner Bestimmung übergeben werden. Die Baukosten liegen etwa ein Prozent unter den anfangs für den Zuwendungsantrag ermittelten Gesamtkosten in Höhe von acht Millionen Euro. Dies geht aus einem Sachstandsbericht über die Bauarbeiten hervor, der dem Verbandsgemeinderat zur Kenntnis gegeben wurde.

Danach sind, nachdem die Gebäudehülle bereits im Dezember geschlossen wurde und die Fassade fast fertig gestellt ist, beim Innenausbau die Rohinstallationen für Heizung, Sanitär und Lüftung abgeschlossen, die Estricharbeiten seit Mitte März im Gange. Die Elektroinstallation sowie das Gewerk Sicherheitstechnik laufen noch bis Ende Mai. Bis zur geplanten

Fertigstellung Ende August müssen noch Schlosserarbeiten, die Montage der abgehängten Decken, die Verlegung der Bodenbeläge, die Montage der Türen und sonstige Tischler-, Maler- und Fliesenarbeiten sowie die Endmontage der Technikgewerke ausgeführt werden. Außerdem fehlen noch die Arbeiten in den Außenanlagen. Trotz kleinerer Verschiebungen liegen die Arbeiten, so der Bericht, „momentan noch im Zeitplan“.

Die Vergabe der Malerarbeiten sowie der Teeküche und der Abluftarbeiten für die Chemieschränke lagen mit 78.000 Euro 44 Prozent (62.000 Euro) unter der Kostenschätzung (140.000 Euro). Da die Ausschreibung für die Außenanlagen unerwartet hohe Angebote ergab, wurden diese wieder aufgehoben, auch weil sich in der Zwischenzeit die Voraussetzungen durch den geplanten Bau eines

neuen Blockheizkraftwerks (BHKW) geändert haben. Die Gemeindewerke wollen das an der Schule stehende BHKW abreißen und durch ein neues ersetzen (wir berichteten). Daher wurden die Außenanlagen neu ausgeschrieben. Derzeit werden die eingegangenen Angebote geprüft. Dabei wird allerdings deutlich, dass die neuen Angebote zwar etwa 25 Prozent niedriger ausgefallen sind als bei der ersten Ausschreibung, allerdings immer noch weit über der Kostenplanung liegen. Es sei jedoch absehbar, dass die Mehrkosten für die aufwendige Entwässerungsplanung weitgehend aus Kostenrücklagen anderer Gewerke „abgepuffert“ werden können.

Von den insgesamt anfallenden acht Millionen muss die Verbandsgemeinde 90 Prozent übernehmen, den Rest trägt der Landkreis. (rud)

Rheingafaz 6.5.2014